



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

Pressemitteilung:

Schluss mit der Ausbeutung von Paketboten

Endlich ist Schluss mit der Ausbeutung in der Paketbranche. Das hat der Bundestag heute beschlossen. Paketdienste müssen künftig dafür haften, wenn Nachunternehmer sich nicht an die Regeln halten. Dazu ein Statement der Bremer SPD-Bundestagsabgeordneten Sarah Ryglewski:

„Die Nachunternehmerhaftung kommt, das ist ein Verdienst der SPD“, so Sarah Ryglewski. „Wir nehmen es nicht länger hin, wenn Nachunternehmen gegen ihre gesetzlichen Pflichten verstoßen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Teil systematisch unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten lassen.“

„Durch die Digitalisierung wächst der Onlinehandel rasant – und mit ihm die Paketbranche“, so Ryglewski. „Dieser Boom darf nicht länger auf dem Rücken der Zustellerinnen und Zusteller ausgetragen werden.“

Die wenigen großen Paketdienste arbeiten mit einer großen Zahl von Nachunternehmen zusammen. Kontrollen des Zolls haben ergeben: Häufig sind die Arbeitsbedingungen in der Paketbranche katastrophal. Überlange Arbeitszeiten und ein Stundenverdienst unter Mindestlohn sind an der Tagesordnung. Viele der Paketboten und Paketbotinnen sind zudem als Scheinselbstständige beschäftigt und werden so um den Arbeitgeberanteil für Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung betrogen.

„Bisher konnten sich die Paketdienste aus der Verantwortung ziehen. Wir nehmen sie jetzt in die Pflicht: Wenn ein Nachunternehmen gegen die Regeln verstößt, haftet der Auftraggeber dafür“, so Ryglewski. Auf diese Weise haben wir schon der Ausbeutung in der Baubranche und der Fleischwirtschaft einen Riegel vorgeschoben. Das Gesetz soll pünktlich zum Weihnachtsgeschäft in Kraft treten, wenn das Paketaufkommen am größten ist. „Das ist eine gute Nachricht für alle Paketboten und -botinnen in Bremen“, so Ryglewski weiter. „Alle Bremerinnen und Bremer können sich darauf verlassen, dass ihre Pakete künftig zu besseren Bedingungen als bisher geliefert werden.“

24.10.2019